



**ORGANISATION FÜR SICHERHEIT
UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

DER GENERALSEKRETÄR

**JAHRESBERICHT 1995
ÜBER OSZE-AKTIVITÄTEN**

**1010 WIEN, KÄRNTNER RING 5-7
TEL: +43-1 514 36-0, FAX: +43-1 514 36-99**

DOC.SEC/1/95
30. November 1995
DEUTSCH
Original: ENGLISCH

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
I. EINLEITUNG	1
II. AKTIVITÄTEN DER OSZE	3
1. Politische Konsultationen und Verhandlungen	3
2. Frühwarnung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung	3
2.1 Missionen	3
2.1.1 Mission für Kosovo, den Sandschak und die Vojvodina	4
2.1.2 Mission für Skopje	5
2.1.3 Mission für Georgien	5
2.1.4 Mission für Moldau	7
2.1.5 Mission für Tadschikistan	7
2.1.6 Mission für die Ukraine	8
2.1.7 Mission für Sarajewo	8
2.1.8 Die OSZE-Unterstützungsgruppe für Tschetschenien	9
2.1.9 Mission für Lettland	10
2.1.10 Der OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen russisch-lettischen Kommission für pensionierte Militärangehörige	10
2.1.11 Der OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen Kommission für die Radarstation Skrunđa	10
2.1.12 Mission für Estland	11
2.1.13 Der OSZE-Vertreter in der Estnischen Regierungskommission für pensionierte Militärangehörige	11
2.2 Der Konflikt in dem Gebiet, mit dem sich die Minsker Konferenz befaßt	11
2.3 Koordinator für Sanktionen und Missionen zur Unterstützung von Sanktionen (SAM)	12
2.4 Sonstige Aktivitäten zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung	13
3. Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM)	13
4. Die menschliche Dimension	16
4.1 Aufbau demokratischer Institutionen	16
4.2 Wahlbeobachtung	16
4.3 Seminare, Symposien, Treffen	18
4.4 Kontaktstelle für Fragen der Roma und Sinti	20

	<u>Seite</u>
5. Sicherheitskooperation	20
5.1 Neue Maßnahmen im Bereich der Rüstungskontrolle und der Vertrauens- und Sicherheitsbildung	20
5.2 Der Verhaltenskodex	21
5.3 FSK-Seminare	21
5.4 Das Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung (JTBD)	22
6. Sonstige wichtige Aktivitäten	22
6.1 Integration kürzlich aufgenommener Teilnehmerstaaten	22
6.2 Die wirtschaftliche Dimension	23
6.3 Medien und Öffentlichkeitsarbeit	23
III. DIE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG (PV)	25
IV. BEZIEHUNGEN ZU INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN UND INSTITUTIONEN	26
V. BEZIEHUNGEN ZU NICHTTEILNEHMENDEN STAATEN (NTS)	27
VI. KONTAKTE ZU NICHTSTAATLICHEN ORGANISATIONEN (NGO)	28
VII. VERWALTUNG UND FINANZEN	29
1. Organisatorische und personelle Angelegenheiten	29
2. Finanzielle Angelegenheiten	29
Anhänge	31

I. EINLEITUNG

Die Schwierigkeiten, die 1995 bei der Behandlung neuer und alter Konflikte auftraten, machten das Risiko deutlich, mit dem eine weitere Verlängerung der Übergangsphase verbunden ist. Die Atmosphäre war ganz allgemein von Ungewißheit hinsichtlich der Möglichkeiten und Aufgaben der Vereinten Nationen und der regionalen und subregionalen Organisationen geprägt. Verstärkt wurde nach einem internationalen Engagement verlangt, und es bestand auch größerer Bedarf an einem solchen; die Verfügbarkeit internationaler Unterstützung stößt jedoch an Grenzen, und Staaten wie auch internationale Organisationen sind nicht immer bereit, sich stärker zu engagieren, was auf ungelöste Strukturprobleme hinweist. Vor diesem Hintergrund vergrößerte die unter ungarischem Vorsitz stehende OSZE ihren Beitrag zur Verhütung und Lösung von Konflikten, sie ging daran, neue Lösungsansätze zu militärischen Aspekten der Sicherheit zu entwickeln, und nahm die Diskussion über ein Sicherheitsmodell für das einundzwanzigste Jahrhundert auf.

Im Berichtszeitraum (November 1994 bis Oktober 1995) zeigte sich, daß die Beschlüsse des Gipfeltreffens von Budapest - wie schon durch den neuen Namen "Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" angedeutet - die OSZE-Strukturen gestärkt und das Potential der OSZE in bezug auf politische Konsultation und operative Konfliktbewältigung erheblich vergrößert haben. Dadurch, daß der ungarische Außenminister Kovács auf der Umsetzung fundamentaler OSZE-Verpflichtungen bestand, konnte er die zentrale Führungsrolle des Amtierenden Vorsitzenden wahrnehmen, als es darum ging, die Unterstützung der OSZE für Bemühungen einzuleiten und zu managen, durch die friedliche Lösungen für die gravierenden Probleme in Tschetschenien in der Russischen Föderation gefunden werden sollten. Angesichts seiner rasch wachsenden Verantwortung und Arbeitsbelastung zog der Amtierende Vorsitzende die Troika (Ungarn, Schweiz und Italien) sowohl auf Ministerebene als auch auf der Ebene der ständigen Vertreter in Wien hinzu. Im Konflikt, mit dem sich die Minsker Konferenz befaßt, sind durch den dynamischen Vorsitz, der von der Russischen Föderation und Finnland gemeinsam wahrgenommen wird, die Chancen auf eine Verhandlungslösung beträchtlich gestiegen; in der Hochrangigen Planungsgruppe ist die Planung einer ersten friedenserhaltenden Operation der OSZE für dieses Gebiet soweit gediehen, daß ein rascher Einsatz möglich ist, sobald die finanziellen und personellen Voraussetzungen gegeben sind und die politischen Bedingungen von den Parteien erfüllt werden.

Nachdem sich die Aussichten auf eine Verhandlungslösung in Bosnien und Herzegowina verbessert hatten, zeichnete sich immer konkreter ab, welche Rolle der OSZE in der Phase nach dem Konflikt zukommt. Der Wunsch nach Unterstützung und Beobachtung vor, während und nach den Wahlen sowie die Vorbereitung regionaler Sicherheitsvereinbarungen und die fortwährende Unterstützung der Aufgabe der Ombudsmänner in den föderativen Strukturen werden große Anforderungen an die Einsatzbereitschaft der OSZE stellen. Gleichzeitig wird die OSZE in Kroatien bei Aktivitäten zur Unterstützung der menschlichen Dimension beigezogen.

Mit dem Ständigen Rat in Wien, der durch seine neue Rolle immer mehr in den Mittelpunkt rückt, besitzt die OSZE ein ständig verfügbares Gremium der OSZE-Teilnehmerstaaten, wodurch sowohl die beratende als auch die operative Funktion der Organisation gestärkt wird. Dadurch erhielten auch die Aufgaben der acht im Einsatz stehenden OSZE-Missionen und der OSZE-Unterstützungsgruppe für Tschetschenien politische Unterstützung. Die Arbeit an diesen konkreten Aufgaben und an einem breiten Spektrum aktueller Fragen, Konsultationen mit dem Hohen Kommissar für nationale Minderheiten, regelmäßige Informationsgespräche mit dem Direktor des BDIMR und auch die Arbeit am Sicherheitsmodell - all das trug zur Entwicklung einer Kultur der politischen Konsultation bei, in der die Anliegen der Teilnehmerstaaten erörtert und deren Sicherheitsinteressen angehört werden.

Nachdem schließlich Konsens darüber erzielt worden war, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien als Teilnehmerstaat in die OSZE aufzunehmen, erhöhte sich die Zahl der

vollberechtigten Teilnehmerstaaten auf 53. Die Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) ist nach wie vor von der Teilnahme an OSZE-Aktivitäten ausgeschlossen; der Status dieses Landes in bezug auf die OSZE ist unklar.

Zur Bewältigung der Hindernisse, die einer frühzeitigen Konfliktlösung entgegenstehen, wenn die Schwelle der Gewalt einmal überschritten ist, wurden die Konfliktverhütungsfähigkeiten des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten und des BDIMR weiter ausgedehnt und verstärkt.

In Anbetracht der Tatsache, daß wirtschaftliche und ökologische Faktoren im Transformationsprozeß der mittel- und osteuropäischen sowie der zentralasiatischen OSZE-Staaten zunehmend den Ausschlag geben, bemühte sich die OSZE weiterhin um eine klarer erkennbare Ausrichtung und ein deutlicheres Auftreten bei ihren Aktivitäten im Bereich der wirtschaftlichen Dimension einschließlich ökologischer Fragen.

Das Forum für Sicherheitskooperation verbesserte seine inneren Strukturen und konnte dadurch seine Aufgaben als Konsultations- und Verhandlungsforum leichter erfüllen.

Die OSZE setzte die Konsolidierung ihrer administrativen Infrastruktur fort, wobei sie sehr darauf Bedacht nahm, ihren grundsätzlich unbürokratischen Charakter beizubehalten. Aber bei dem ständig wachsenden Umfang ihrer operativen Tätigkeit kann sich die Organisation ihre administrative Flexibilität nur dann bewahren, wenn ihre Teilnehmerstaaten bereit sind, mehr qualifiziertes Personal zu entsenden.

1996 wird sich die OSZE mit einer Reihe absehbarer Herausforderungen auseinandersetzen müssen: Es gilt, eine erste multinationale OSZE-Friedenstruppe zu entsenden, in Bosnien und Herzegowina eine bedeutende Rolle wahrzunehmen, bei der Aushandlung und Umsetzung regionaler Sicherheitsmaßnahmen für Südosteuropa rasche Ergebnisse zu erzielen und ein phantasievolles, gleichzeitig aber realistisches Konzept des Sicherheitsmodells für das einundzwanzigste Jahrhundert zu entwickeln. Entscheidungsfindung, operatives Management und die Bereitschaft, rasch die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, könnten so zum Testfall für den politischen Willen und die Einsatzbereitschaft der OSZE werden.

Da dies der letzte Jahresbericht des ersten Generalsekretärs der OSZE ist, möchte ich hinzufügen, daß es notwendig wäre, das Mandat des Generalsekretärs zur Unterstützung des Amtierenden Vorsitzenden voll auszuschöpfen und ihn aktiver in alle Aspekte des OSZE-Managements einzubeziehen, will man den rasch zunehmenden Aufgaben der OSZE gerecht werden.

II. AKTIVITÄTEN DER OSZE

1. Politische Konsultationen und Verhandlungen

Die Beschlüsse des Gipfeltreffens von Budapest haben durch die Straffung der Struktur und das teilweise Abstecken der Aufgaben des Ministerrats (MR), des Hohen Rates (HR) und des Ständigen Rates (SR) die Fähigkeiten der OSZE im Bereich der beratenden Tätigkeit, der Verhandlungsführung und der Entscheidungsfindung verbessert. Die Rolle und die Kompetenz des SR wurden gestärkt, und derzeit sind fast alle OSZE-Staaten in Wien, dem Sitz des SR, durch eine ständige OSZE-Delegation vertreten. ("OSZE-Botschafter" vertreten ihre Länder auch in der Gemeinsamen Beratungsgruppe des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa und in der Beratungskommission "Offener Himmel".) Der HR in Prag, der 1995 zweimal zusammentrat, versammelte hochrangige Teilnehmer aus den Hauptstädten und nahm sich verstärkt der Beurteilung und Leitung der Arbeit des SR an. Das Forum für Sicherheitskooperation einigte sich auf einen monatlich wechselnden Vorsitz und eine bessere Nutzung der "FSK-Troika", womit dieses zweite ständige OSZE-Gremium mit Sitz in Wien über eine klarere Ausrichtung und größere Kontinuität verfügt.

2. Frühwarnung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung

Vorbeugende Diplomatie und Krisenbewältigung waren nach wie vor der wichtigste Bereich der operativen Tätigkeit der OSZE. Die erweiterten Befugnisse des Amtierenden Vorsitzenden und die stärkere Einbindung der Troika erleichterten die Tätigkeit der OSZE in der Vorbereitungs- und der Durchführungsphase vor beziehungsweise nach der Verabschiedung der einvernehmlich gefaßten Beschlüsse des Rates. Dadurch konnte die übliche Lücke zwischen Frühwarnung und Sofortmaßnahmen - der kritischste Zeitraum in der Anfangsphase des Krisenbewältigungsprozesses - verkürzt werden.

2.1 Missionen

Die Zahl der Langzeitmissionen hat sich gegenüber dem letzten Berichtszeitraum nicht verändert, doch nahm die Gesamtzahl der OSZE-Operationen vor Ort zu; die Mandate einiger Missionen wurden den politischen, militärischen und humanitären Erfordernissen vor Ort angepaßt.

Das sorgsam ausgearbeitete Mandat der OSZE-Unterstützungsgruppe für Tschetschenien ist ein gutes Beispiel für die Fähigkeit der OSZE - und der OSZE-Staaten -, die OSZE-Instrumente an die konkreten Gegebenheiten in einer bestimmten Situation anzupassen (siehe S. 9).

Es wurde besonders darauf geachtet, das Potential des HKNM und des BDIMR für die Arbeit der Missionen voll auszuschöpfen. Die Missionen, der Amtierende Vorsitzende und das Sekretariat bemühten sich ständig um enge Koordination und Zusammenarbeit zwischen den Missionen und anderen internationalen Organisationen.

Die Jahrestagung aller Leiter von OSZE-Missionen und anderer OSZE-Vertreter fand in Wien statt (20. - 22. Juni). Aus den Berichten der Missionsleiter war das breite Spektrum von Mandaten der Missionen und die große Vielfalt der im Rahmen dieser Mandate ausgeübten Aktivitäten ersichtlich. Die Berichte unterstrichen auch, wie wichtig Initiativen der Missionsleiter und ihrer Teams für eine erfolgreiche Erfüllung ihrer Aufgaben sind. In bezug auf die Probleme, die sich aus der 6-Monats-Rotation des Missionspersonals ergeben, setzten sich die Missionsleiter für größere Kontinuität ein. Die meisten Missionsleiter sprachen sich für eine nachhaltigere Unterstützung durch die OSZE-Institutionen und für mehr Flexibilität im Rahmen ihres jeweiligen Haushalts aus, damit Ad-hoc-Maßnahmen wie etwa Gespräche am Runden Tisch, Seminare usw. erleichtert würden.

Die Tagung der Missionsleiter zeigte auch erneut auf, in welchem Maße Fortschritt und Erfolg einer Mission von der Qualität des Missionsleiters und seiner Mitarbeiter abhängen. Es wird schwierig sein, den derzeitigen hohen Standard beizubehalten, wenn für den Leiter und das Personal einer Mission immer häufiger jeweils nur eine einzige Person zur Wahl steht.

Erstmals kam ein Mitglied einer Mission in Ausübung seines Dienstes ums Leben. Herr Antanas Nesavas aus Litauen wurde in Tiflis Opfer eines Autounfalls.

Da sich eine Reihe von Missionen der Phase der Konfliktbeilegung nähert, sieht sich die OSZE immer öfter mit einer neuen Frage konfrontiert: Welche Art von "Garantien" kann die OSZE dafür geben, daß alle Betroffenen eine auf dem Verhandlungsweg erzielte Lösung umsetzen? Natürlich ist klar, daß die OSZE keine formellen Garantien abgeben kann, es ist aber ebenso klar, daß die OSZE als Organisation und die OSZE-Staaten durch die OSZE über ein relativ breites Spektrum an Möglichkeiten verfügen, die Umsetzung friedlicher Konfliktlösungen, die mit OSZE-Beteiligung ausgehandelt wurden, zu fördern und "abzusichern". Auch das ist ein Bereich, in dem die Entwicklung von OSZE-Instrumenten pragmatisch erfolgen sollte.

Die Unterabteilung für Missionsunterstützung (MSS) in der KVZ-Abteilung des OSZE-Sekretariats ist seit ihrer Gründung im April 1993 für die ständige Unterstützung der OSZE-Missionen vor Ort und anderer auswärtiger OSZE-Aktivitäten zuständig. Dazu zählen Logistik, Beschaffung, Transport, Bestandskontrolle, Kommunikation, Personalfragen, Versicherung, die Erstellung der Missionshaushalte usw. Da immer mehr Missionen organisiert, entsandt und/oder erweitert werden, mußte auch die MSS komplexere und umfangreichere Leistungen erbringen.

Zu Beginn des Jahres 1995 unterstützte die MSS acht Missionen vor Ort. Im Berichtszeitraum kamen zu den OSZE-Operationen vor Ort die Unterstützungsgruppe für Tschetschenien hinzu sowie drei Außenstellen der Mission für Sarajewo, drei Außenstellen in Tadschikistan und eine in Moldau, der Vertreter für die Radarstation Skrunda, der persönliche Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsker Konferenz befaßt, und das OSZE-Verbindungsbüro für Zentralasien in Taschkent.

Insgesamt sind 79 bewilligte entsandte Mitarbeiter in Missionen vor Ort beschäftigt.

2.1.1 Mission für Kosovo, den Sandschak und die Vojvodina

Die Mission war auch weiterhin nicht im Einsatz. Die Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) stellt für die Wiedermehrzulassung der Mission die Bedingung, daß die Bundesrepublik Jugoslawien wieder als vollberechtigter OSZE-Teilnehmerstaat zugelassen wird.

Die Berichterstattung der Mission wurde zum Teil durch Berichte aus OSZE-Staaten ersetzt, insbesondere durch die der OSZE-Troika. Über die auf diese Weise einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe übermittelten Informationen wird wöchentlich dem Ständigen Rat Bericht erstattet. Die Erörterungen im Ständigen Rat sollen die OSZE an ihre konkreten Verpflichtungen angesichts der in diesen Regionen der Bundesrepublik Jugoslawien anhaltenden Probleme erinnern, die von den Bemühungen um Verhandlungslösungen für Konflikte auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien nicht ausgeschlossen werden dürfen.

2.1.2 Mission für Skopje

Die "Spillover"-Überwachungsmission für Skopje hat im Rahmen ihres Mandats den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit von der Überwachung der Lage an der Grenze auf die Überwachung der Lage im Landesinneren verlagert, insbesondere im Hinblick auf die

Beziehungen zwischen der Regierung der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und der albanischen Bevölkerungsgruppe sowie zwischen den verschiedenen Volksgruppen.

Als wahrer Härte-test für die Mission erwiesen sich die Unruhen im Februar 1995, als der Versuch unternommen wurde, in Tetovo eine private albanische Universität zu gründen, was von den Behörden der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien als ungesetzlich angesehen wurde. Die Mission war mit Unterstützung des HKNM aktiv an der Entschärfung der Lage beteiligt.

Da der Gastgeberstaat nunmehr als Teilnehmerstaat in die OSZE aufgenommen wurde, wird sich der Einsatz der Mission einfacher gestalten.

2.1.3 Mission für Georgien

1995 intensivierte die Mission ihre Aktivitäten in mehreren Bereichen ihres umfangreichen Mandats. Sie bemühte sich in verstärktem Maße um einen verbesserten und zielgerichteten Dialog zwischen Georgiern und den Behörden in der Region Südossetien im Hinblick auf eine politische Lösung ihres Konflikts. Nach Ausarbeitung eines Vorschlags hinsichtlich des Status Südossetiens innerhalb Georgiens organisierte die Mission Ende 1994 getrennte Unterredungen mit offiziellen Vertretern der georgischen und der südossetischen Seite, um den Entwurf zu erörtern. Dieser Vorschlag wurde im Dezember unter Berücksichtigung der dazu geäußerten Kommentare in seine endgültige Form gebracht. Nach wie vor ist zwar eine Einigung in der Statusfrage ausständig, doch brachte der Vorschlag der Mission die Diskussion über entscheidende Fragen in Gang, die als Teil eines Lösungsprozesses behandelt werden müssen. Die am 29. August 1995 verabschiedete Verfassung Georgiens enthält keine Bestimmungen über die territoriale Gliederung, zum Teil um Raum für Verhandlungslösungen mit den Regionen Südossetien (und Abchasien) zu lassen.

Am 1. März 1995 veranstaltete die Mission ein Gespräch am Runden Tisch zwischen führenden georgischen und südossetischen Persönlichkeiten darüber, welcher Art der Konflikt ist und auf welche Weise er zu lösen ist. Es herrschte Einvernehmen darüber, daß der Konflikt nur mit friedlichen Mitteln gelöst werden soll.

Die Gemeinsame Kontrollkommission (JCC), die zur Führung und zur Kontrolle der Gemeinsamen Friedenstruppe (JPKF) in Südossetien eingerichtet worden war, wurde im November 1994 unter Beteiligung der OSZE-Mission wieder aktiviert und mit einem neuen Mandat ausgestattet, demzufolge sie auch ermächtigt ist, sich mit den politischen Aspekten einer Regelung zu befassen. Eine formelle Arbeitsgruppe für politische Fragen wurde jedoch noch nicht ins Leben gerufen. Nach einer weiteren Pause von sechs Monaten trat die JCC im Juni 1995 in Moskau neuerlich zusammen. Die folgenden Treffen im Juli in Tiflis und Zchinwali waren insofern von Bedeutung, als es aus diesem Anlaß zum ersten offiziellen Besuch hoher südossetischer Beamter in Tiflis seit dem Beginn des Konflikts im Jahr 1989 kam. Eine gemeinsame, zwischen den beiden Seiten vereinbarte Erklärung, direkte politische Gespräche über den künftigen Status Südossetiens ins Auge zu fassen, stellte einen wesentlichen Fortschritt dar; allerdings zogen südossetische Vertreter eine Woche später die Zustimmung ihrer Delegation zu der Erklärung zum Teil wieder zurück.

Bei der Juli-Tagung der JCC schlug die Mission vor, sich verstärkt um die Förderung der wirtschaftlichen Wiedereingliederung Südossetiens in die georgische Wirtschaft zu bemühen. Die Mission setzt sich weiterhin für eine pragmatische Zusammenarbeit zwischen offiziellen Vertretern Georgiens und Südossetiens auf lokaler Ebene ein.

Entsprechend ihrem Mandat vom März 1994 überwachte die Mission weiterhin die Gemeinsame Friedenstruppe (JPKF) in Südossetien.

Trotz wiederholter Bemühungen war es immer noch nicht möglich, von den südossetischen Behörden die offizielle Einwilligung zur Eröffnung einer Außenstelle in Zchinwali zu erhalten. Im April genehmigte der Ständige Rat eine Erhöhung der zulässigen Stärke der Mission um zwei Mitarbeiter auf insgesamt 19, die wirksam wird, sobald die Außenstelle eingerichtet ist.

In enger Zusammenarbeit mit den Behörden in Tiflis und mit deren Unterstützung hat die Mission ihre Aktivitäten zur Förderung der Menschenrechte und der politischen Reform in Georgien insgesamt erheblich verstärkt. Sie hat ein allgemein zugängliches Büro für Menschenrechte und Öffentlichkeitsarbeit eingerichtet, um ihre Ziele und Aufgaben ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rücken. Die Mission hat Internierungseinrichtungen besucht und einem Verfahren gegen angebliche politische Gefangene beigewohnt.

Gemeinsam mit Mitarbeitern des Staatschefs Eduard Schewardnadse arbeitete die Mission an der Ausgestaltung von dessen Vorschlag zur Errichtung eines regionalen Gerichtshofs für Menschenrechte für die GUS-Staaten. Gemeinsam mit dem BDIMR und mit erheblicher Hilfe durch die EU und eine Reihe internationaler Organisationen unterstützte sie die Behörden bei der Vorbereitung der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen Anfang November und koordinierte deren internationale Beobachtung.

Die Mission hat darüber hinaus ihre Präsenz in Abchasien zur Überwachung der Menschenrechte in dieser Region verstärkt.

2.1.4 Mission für Moldau

Das Berichtsjahr war durch verstärkte Bemühungen der moldauischen Regierung und der Behörden Transnistriens um eine umfassende politische Lösung des Konflikts geprägt.

Das Treffen zwischen Präsident Snegur und dem Führer Transnistriens, Smirnow, am 7. Juni gab dem umfassenden Lösungsprozeß, auf den man sich im April 1994 beim Treffen der Führungspersonlichkeiten geeinigt hatte, neuen Schwung. Beide Seiten wiesen ihre Expertenteams an, konkrete Formulierungen und Bestimmungen für ein Gesetz über einen Sonderstatus auszuarbeiten, das für alle annehmbar wäre. Die Expertengruppen traten mehrmals unter dem Vorsitz des Leiters der OSZE-Mission und des persönlichen Vertreters des russischen Präsidenten zusammen.

Auf einem weiteren Treffen der Führungspersonlichkeiten am 5. Juli unterzeichneten beide Seiten eine Vereinbarung über die Nichtanwendung militärischer Gewalt und wirtschaftlicher Druckmittel - eine bedeutsame vertrauensbildende Maßnahme. Die Vereinbarung, die einen großen Schritt vorwärts darstellt, wurde auch von den Vermittlern unterzeichnet, d.h. dem Leiter der OSZE-Mission und dem Vertreter Rußlands. Eine neue Bestimmung sieht das OSZE-Sekretariat als Verwahrer der Vereinbarung vor.

Im Frühjahr 1995 eröffnete die Mission ein ständiges Büro in Tiraspol zur Unterstützung ihrer Aktivitäten in Transnistrien. Die Mission verfügt damit über bessere Voraussetzungen, Menschen in dem Gebiet die Bedingungen für eine erfolgreiche Lösung zu erläutern.

Die Mission setzte ihre aktive Mitwirkung in der Gemeinsamen Kontrollkommission (JCC) fort, wobei allerdings überarbeitete Grundsätze für die Zusammenarbeit zwischen der JCC und der Mission noch offiziell zu vereinbaren sind.

Auf der Grundlage der Beschlüsse von Budapest erörterte der Ständige Rat in mehreren Sitzungen, welche Hilfestellung die OSZE bei der Umsetzung des vor einem Jahr geschlossenen Abkommens über den Abzug der russischen Truppen (der ehemaligen 14. Armee) aus Moldau leisten kann. Bisher konnte noch kein Beschluß gefaßt werden.

2.1.5 Mission für Tadschikistan

Bei den Parlamentswahlen in Tadschikistan vom 26. Februar fand keine Beobachtung durch die OSZE statt, da die Regierung Tadschikistans den Empfehlungen der OSZE betreffend das Wahlgesetz und die Durchführung der Wahlen nicht gefolgt war. Der Ständige Rat bedauerte dies zwar, doch begrüßte er die erklärte Absicht der tadschikischen Behörden, die Empfehlungen zu einem späteren Zeitpunkt zu berücksichtigen.

Seither hat sich die Zusammenarbeit zwischen der Mission und der Regierung Tadschikistans erheblich verbessert, insbesondere im Bereich der Menschenrechte. So wurde ein Projekt für eine nationale Menschenrechtseinrichtung mit Ombudsmann-Funktionen in Zusammenarbeit mit der Mission und mit fachlicher Beratung durch das BDIMR ausgearbeitet.

In ihrem Bemühen, die Prinzipien der OSZE ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rücken, richtete die Mission eine Diskussionsgruppe ein, die regelmäßig Vertreter verschiedenster Kreise Tadschikistans in den Räumlichkeiten der Mission zusammenführt.

Da sich der UNHCR aus bestimmten Gebieten Tadschikistans zurückziehen wollte, ersuchte der Ständige Rat die Mission, die Menschenrechtslage der zurückkehrenden Flüchtlinge und der im Land Vertriebenen in diesen Gebieten Tadschikistans zu verfolgen, in der Absicht, ihre Wiedereingliederung in die tadschikische Gesellschaft zu erleichtern. Die Mission übernahm vom UNHCR drei Außenstellen im Süden des Landes, ursprünglich für einen Zeitraum von sechs Monaten, und ihre bewilligte Stärke wurde vorübergehend um drei Personen aufgestockt. Die Mission arbeitete bei ihrer Vorbereitung auf diese neue Aufgabe eng mit dem UNHCR und UNMOT zusammen.

Nach wie vor verfolgte die Mission die intertadschikischen Gespräche unter dem Vorsitz der Vereinten Nationen. Die am 17. August von Präsident Emomali Rachmonow und dem Führer der tadschikischen Opposition, Said Abdullo Nuri, unterzeichnete Vereinbarung, durchgehende Verhandlungen abzuhalten, mit dem Ziel eines allgemeinen Abkommens zur Herstellung des Friedens und der nationalen Verständigung in Tadschikistan, eröffnete in diesem Prozeß neue Aussichten. Doch die Vereinbarung harrt nach wie vor ihrer Durchführung. Außerdem beweisen eine Reihe von sicherheitsbedrohenden Zwischenfällen in Osttadschikistan und die stetige Verschlechterung der Wirtschaftsdaten, wie vielschichtig und schwierig die Lage insgesamt ist.

2.1.6 Mission für die Ukraine

Die Mission konzentrierte ihre Arbeit von Anfang an auf die Krim-Frage. Der Mission kam bei den Streitigkeiten über Gesetzgebung und Verwaltung zwischen den Behörden in Kiew beziehungsweise in Simferopol betreffend den Status der Krim eine besondere Rolle zu. Auf Initiative der OSZE-Mission und des HKNM wurde im Mai in Locarno, Schweiz, ein Runder Tisch über die Ukraine organisiert, durch den der Dialog zwischen den Parteien gefördert und der zukünftige Status der Krim als autonomer Teil der Ukraine erörtert werden sollten. Der Runde Tisch trug wesentlich dazu bei, die gemeinsame Erörterung der vielen ungelösten Probleme zu verbessern.

In der zweiten Jahreshälfte befaßte sich die Mission vor allem mit Fragen der Krim-Tataren. Zu dieser besonderen Frage organisierten die Mission und der HKNM im September in Jalta einen Runden Tisch. Alle Teilnehmer begrüßten diese Gelegenheit zur Prüfung und formlosen Erörterung der zahlreichen ungelösten Probleme.

2.1.7 Mission für Sarajewo

Zweck der Mission ist es, die Ombudsmänner der Föderation Bosnien und Herzegowina, die verfassungsmäßige Organe der Föderation sind, zu unterstützen. Die Mission begann im Oktober 1994. Ursprünglich wirkte sie bei der Auswahl der Ombudsmänner aus Vertretern der drei betroffenen Volksgruppen mit. Am 20. Januar 1995 wurden die drei Ombudsmänner (aus der moslemischen, kroatischen und serbischen Gemeinde) offiziell angelobt.

In der Absicht, ihr Betätigungsfeld über Sarajewo hinaus zu erweitern, beschlossen die Ombudsmänner und die zuständigen Behörden der Föderation, in Zenica und Mostar Außenstellen einzurichten. Im März und April ernannten die Ombudsmänner ihre Stellvertreter für diese Außenstellen, die im Mai ihre Arbeit aufnahmen.

Die Blockade Sarajewos im Frühjahr 1995 behinderte die Operationen der Mission zur Unterstützung der Ombudsmänner erheblich, da die Mitglieder der Mission und die Ombudsmänner entweder in Sarajewo festsaßen oder nicht nach Sarajewo gelangen konnten. Bis Juni 1995 hatten die Ombudsmänner über 400 Fälle registriert, wobei mehr als 30 Prozent von außerhalb Sarajewos kamen, was beweist, daß die Außenstellen zunehmend an Bedeutung gewannen. Die meisten Beschwerden betrafen Eigentumsrechte und andere Probleme im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation. Immer öfter lenkten Fälle widerrechtlicher Inhaftierung und verschiedene Formen von "stillschweigender ethnischer Säuberung" die Aufmerksamkeit auf sich.

Im August wurden die Ombudsmänner im Anschluß an die militärischen Operationen in Kroatien und in Biha_ um Hilfe bei der Bewältigung der neuen Flüchtlingswellen ersucht. Zur Unterstützung der Aktivitäten der Ombudsmänner in diesem Gebiet wurde ein Büro in Tuzla eröffnet, und die Ombudsmänner begründeten auch ihre Präsenz in Velika Kladusa.

Die Mission unterhält enge Kontakte zu den Behörden der Föderation, zu UNPROFOR und anderen ausländischen Missionen in Sarajewo.

2.1.8 Die OSZE-Unterstützungsgruppe für Tschetschenien

Nach dem Ausbruch kriegerischer Auseinandersetzungen in Tschetschenien, die eine Gefährdung grundlegender OSZE-Verpflichtungen darstellten, akzeptierte die Russische Föderation die Mitwirkung der OSZE an den Bemühungen um Verhandlungslösungen.

Als Folge der Berichte des persönlichen Vertreters des Amtierenden Vorsitzenden und anderer offizieller OSZE-Vertreter über ihre Besuche in dem Gebiet beschloß der Ständige Rat am 11. April 1995, eine Unterstützungsgruppe einzurichten. Ihr Auftrag lautet, die Achtung der Menschenrechte zu fördern, mitzuhelfen, daß die Entwicklung demokratischer Institutionen und Prozesse voranschreitet, und sich für eine friedliche Lösung der Krise im Einklang mit den OSZE-Prinzipien und der Verfassung der Russischen Föderation einzusetzen. Die Gruppe, die sich zu Beginn aus sechs Diplomaten zusammensetzte, nahm am 26. April in Grosny ihre Arbeit auf.

Einen Monat später begannen in den Räumlichkeiten der Unterstützungsgruppe unter deren Vorsitz direkte Gespräche zwischen den an der Krise beteiligten Parteien. An den Gesprächen beteiligt waren Vertreter der Exekutivbehörden der Russischen Föderation und des nationalen Versöhnungsausschusses sowie Vertreter des Führers der tschetschenischen Aufständischen, Dschochar Dudajew. Am 30. Juli unterzeichneten offizielle russische Vertreter und Vertreter Dudajews eine Vereinbarung über die Einstellung der Feindseligkeiten. In der Vereinbarung ist die sofortige Einstellung der militärischen Feindseligkeiten, die Freilassung aller gewaltsam festgehaltenen Personen, der schrittweise Abzug der Truppen einschließlich der bedingungslosen Entwaffnung illegaler bewaffneter Verbände sowie die Einstellung der Kampfhandlungen vorgesehen. Zur Überwachung der Durchführung der Vereinbarung wurde eine Besondere Beobachterkommission bestehend aus Vertretern aller

Seiten und der OSZE eingerichtet. Die Umsetzung der Vereinbarung stieß jedoch auf ernste Schwierigkeiten, zunehmend kam es zu sporadischen Gefechten und terroristischen Überfällen auf hochrangige offizielle russische Vertreter, worauf der Durchführungs- und Verhandlungsprozeß zum Stillstand kam. Trotz einer Reihe unfreundlicher Akte seitens der örtlichen Behörden in Grosny und eines direkten bewaffneten Angriffs auf die Räumlichkeiten der Unterstützungsgruppe blieb diese in Grosny und stand somit auch in einer besonders kritischen Zeit unverändert zur Verfügung.

2.1.9 Mission für Lettland

Die Mission verfolgte aufmerksam die Ereignisse, die zur Verabschiedung des im April 1995 genehmigten Gesetzes über Nicht-Staatsbürger führten. Die Mission betrachtet es als ein ausgewogenes Gesetzesdokument und weist bei jeder sich bietenden Gelegenheit darauf hin, wie wichtig eine angemessene Durchführung ist. Sie behält daher den Durchführungsprozeß genau im Auge und hat Kontakte zur zuständigen Behörde, dem Einbürgerungsrat, hergestellt. Die Mission beobachtet den Einbürgerungsprozeß insgesamt und führt vor Ort Bewertungen der Tests durch, die Teil des Einbürgerungsverfahrens sind.

Die Mission verfolgte die Ereignisse im Zusammenhang mit den pensionierten Militärangehörigen der Russischen Föderation, die unter Mißachtung bilateraler Abkommen in Lettland blieben.

2.1.10 Der OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen russisch-lettischen Kommission für pensionierte Militärangehörige

Der Ständige Rat richtete am 23. Februar 1995 die Funktion eines OSZE-Vertreters und dessen Stellvertreters in der Gemeinsamen Kommission für pensionierte Militärangehörige ein. Die Aufgabe des OSZE-Vertreters ist es unter anderem, auf Ersuchen einer der beiden Parteien Fragen betreffend die Anwendung der Bestimmungen des Abkommens über die soziale Absicherung pensionierter Militärangehöriger der Russischen Föderation und ihrer Familienangehörigen, die ihren Wohnsitz auf dem Staatsgebiet der Republik Lettland haben, zu prüfen. Der OSZE-Vertreter wird gemeinsam mit lettischen und russischen Vertretern die Rechtsmittel in Angelegenheiten prüfen, bei denen es um die Rechte von Personen geht, auf die das Abkommen Anwendung findet, und bei der Verabschiedung einvernehmlicher Empfehlungen und Beschlüsse mitwirken.

Im Juni 1995 kam es zwischen den Vertretern der Parteien und dem OSZE-Vertreter zu einer Vereinbarung über die Arbeitsmodalitäten der Gemeinsamen Kommission. Der OSZE-Vertreter befaßte sich in erster Linie mit Problemen im Zusammenhang mit dem Recht der pensionierten Militärangehörigen auf Wohnraum und auf eine Arbeitserlaubnis, untersuchte einzelne Fälle und verfaßte Berichte mit Empfehlungen an die lettische Seite.

2.1.11 Der OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen Kommission für die Radarstation Skrunda

Im Einklang mit dem Abkommen vom 30. April 1994 zwischen Lettland und der Russischen Föderation über den Rechtsstatus der Radarstation Skrunda für die Zeit ihres befristeten Betriebs und der Demontage hatte die KSZE im Juni 1994 die Ersuchen Lettlands und der Russischen Föderation um Mithilfe der KSZE bei der Durchführung des Abkommens begrüßt. Am 23. Februar 1995 faßte der Ständige Rat einen Beschluß über das Mandat für ein OSZE-Inspektionsregime. Auf Ersuchen des Ständigen Rates ernannte der Amtierende Vorsitzende am 6. April 1995 den OSZE-Vertreter und dessen Stellvertreter. Jährlich können zwei reguläre und zwei außerordentliche Inspektionen angesetzt werden. Die erste reguläre Inspektion wurde vom 28. bis 30. August in einer sachlichen Weise und im Geiste guter Zusammenarbeit durchgeführt. Sie entsprach dem ihr zugedachten Zweck der Vertrauensbildung.

2.1.12 Mission für Estland

Die Mission verfolgte aufmerksam die Entwicklungen im Zusammenhang mit Fragen der Staatsbürgerschaft, einschließlich der Verabschiedung des Staatsbürgerschaftsgesetzes, sowie der Novellierung des Fremdenengesetzes, die Anfang Juli 1995 in Kraft trat. Das Staatsbürgerschaftsgesetz, das die Mission im großen und ganzen als annehmbar beurteilt, wurde im Januar 1995 verabschiedet. Die Mission verfolgt die Durchführung dieses Gesetzes sowie Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Fremdenengesetz.

Die Mission setzte ihre Arbeit zu Fragen des Sprachunterrichts für russischsprachige Einwohner fort und unterstrich, wie wichtig dieser als Mittel zur Herstellung enger Beziehungen zwischen der russischsprachigen Bevölkerung und ihrer estnischen Umgebung sei.

Im April organisierte die OSZE-Mission ein Seminar im Nordosten Estlands, das in den verschiedenen Volksgemeinschaften Estlands mehr Verständnis füreinander wecken und sich damit befassen sollte, wie ihre Integration zu bewerkstelligen sei.

2.1.13 Der OSZE-Vertreter in der estnischen Regierungskommission für pensionierte Militärangehörige

Der vom Amtierenden Vorsitzenden bestellte OSZE-Vertreter in der estnischen Regierungskommission für pensionierte Militärangehörige trat sein Amt am 16. November 1994 an. Die genannte Kommission wird Empfehlungen über die Ausstellung von Aufenthaltsgenehmigungen abgeben.

2.2 Der Konflikt in dem Gebiet, mit dem sich die Minsker Konferenz befaßt

Am 6. Januar ernannte der Amtierende Vorsitzende Herrn Jan Eliason aus Schweden und Herrn Valentin Losinskij aus Rußland zu Ko-Vorsitzenden der Minsker Konferenz. Dieser im Dezember 1994 auf dem Gipfeltreffen von Budapest vereinbarte kombinierte Vorsitz vereinte die Bemühungen der Minsker OSZE-Gruppe und der Russischen Föderation zu einem koordinierten Unternehmen im Rahmen der OSZE. Am 21. April ging der Ko-Vorsitz von Schweden auf Finnland über; der Amtierende Vorsitzende ernannte Herrn Heikki Talvitie zum neuen finnischen Ko-Vorsitzenden.

Die Staats- und Regierungschefs beschlossen auf dem Gipfeltreffen von Budapest, vorbehaltlich einer entsprechenden Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen nach Abschluß einer politischen Vereinbarung über die Beendigung des bewaffneten Konflikts eine multinationale OSZE-Friedenstruppe zu entsenden. Zur Planung der Schaffung, der Zusammensetzung und der Einsätze dieser Truppe wurde in Wien eine Hochrangige Planungsgruppe eingerichtet, die die Planungsgruppe für einleitende Maßnahmen ersetzt.

Im Juli unterbreitete die Hochrangige Planungsgruppe dem Amtierenden Vorsitzenden ihr Konzept für die multinationale friedenserhaltende OSZE-Mission für den Konflikt in Berg-Karabach.

Im August ernannte der Amtierende Vorsitzende Botschafter Stanislaw Przygodzki aus Polen zum persönlichen Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsker Konferenz befaßt. Die wichtigste Aufgabe des persönlichen Vertreters ist es, den Weg zu einer politischen Beilegung des Konflikts durch eine fortgesetzte Präsenz in dem Gebiet zu ebnet, indem er etwa Bemühungen um eine Fortsetzung der Waffenruhe unterstützt.

2.3 Koordinator für Sanktionen und Missionen zur Unterstützung von Sanktionen (SAM)

Über 200 Zollbeamte und andere Fachkräfte sind weiterhin in sieben SAM in Albanien,

Bulgarien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Kroatien, Rumänien, der Ukraine und Ungarn tätig. Die SAM unterstützen und beraten die Gastgeberländer bei der Durchführung ihrer Sanktionen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) gemäß den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Der Einsatz der SAM wird von der OSZE finanziert (mit Ausnahme der Personalkosten, welche von den Entsendestaaten getragen werden). Ihr Mandat wurde bis 31. Dezember 1995 verlängert.

Das Einsatzhauptquartier der SAM, SAMCOMM, befindet sich in Brüssel. Es wird von der EU finanziert und teilweise personell ausgestattet und soll die Kommunikation und Koordination zwischen den SAM und den Behörden der Gastgeberstaaten erleichtern, vermuteten Verstößen gegen die Sanktionen weiter nachgehen und ihre Beurteilung der Lage an die Europäische Union, die OSZE-Verbindungsgruppe und den Sanktionsausschuß der Vereinten Nationen berichten. Der OSZE/EU-Koordinator für Sanktionen hat seinen Sitz ebenfalls im SAMCOMM und beaufsichtigt die gesamte Unternehmung, gibt die wesentlichen Orientierungen vor und koordiniert zwischen allen an der Durchsetzung der Sanktionen beteiligten Ebenen und Teilnehmern.

Im Februar führte der Koordinator für Sanktionen in Budapest und in Tirana Gespräche mit dem Amtierenden Vorsitzenden der OSZE und anderen Vertretern der Regierung, der Nationalbank und der Donaukommission in Ungarn, sowie mit der Regierung und den Behörden in Albanien, wo Möglichkeiten zur besseren Durchsetzung des *Oil Pre-Verification System* (OPVS) besprochen wurden, das den Ölschmuggel nach Ex-Jugoslawien unterbinden soll.

Im Mai führte er in New York Gespräche mit offiziellen Vertretern der Vereinten Nationen und einigen Delegationen. Er sprach auch im Sicherheitsrat (*Arria Procedure*) und nahm an der 123. Sitzung des Sanktionsausschusses für Jugoslawien teil.

Im Juni führte er in Valletta (Malta) und Nikosia (Zypern) Gespräche mit Regierungsvertretern und dem Gouverneur der Zentralbank. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand die Ausdehnung des OPVS zwischen Griechenland/Albanien und Italien/Albanien auf Zypern/Albanien und Malta/Albanien. In Zypern wurde auch die Frage der Off-shore-Firmen erörtert, die von Personen oder Rechtsträgern aus Ex-Jugoslawien geleitet werden.

Im Juni führte er Gespräche in Skopje (der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien) mit dem Präsidenten der Republik, dem Präsidenten der Handelskammer und anderen Regierungsvertretern. Bei den Erörterungen ging es in erster Linie um die Notwendigkeit, Verstöße gegen die Sanktionen im Eisenbahn- und Lkw-Verkehr von und nach Ex-Jugoslawien einzudämmen.

Vom 17. bis 23. Oktober 1995 führte er in New York Gespräche mit offiziellen Vertretern der Vereinten Nationen. Er nahm an der 131. Sitzung des Sanktionsausschusses für Jugoslawien teil und wurde vom Vorsitzenden des Sicherheitsrats empfangen.

In derselben Zeit unternahmen Mitarbeiter des Koordinators für Sanktionen eine Reihe von Dienstreisen nach New York, in die Balkan-Staaten und andere Teilnehmerstaaten der OSZE, um Gespräche im Hinblick auf eine bessere Durchführung der Sanktionen zu führen. Auch Mitglieder des SAMCOMM führten im Zusammenhang mit den Sanktionen eine Reihe von Dienstreisen durch.

2.4. Sonstige Aktivitäten zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung

Im März wurde in einem Beschluß des Ständigen Rates der am 21. März in Paris verabschiedete Stabilitätspakt für Europa als weiterer Schritt zur Festigung der Stabilität in Europa begrüßt. In dem Beschluß wurde erneut darauf hingewiesen, daß die OSZE gemäß der

Gipfelerklärung von Budapest und dem Beschluß von Budapest über die Stärkung der KSZE die Sammelstelle ist, in der der Pakt verwahrt wird, und damit betraut ist, dessen Umsetzung zu verfolgen. In Weiterführung des Beschlusses des Ständigen Rates vom März wurden in dessen 31. Sitzung praktische Folgemaßnahmen zum Pakt vereinbart, in denen festgelegt ist, welche Schritte die OSZE als Sammelstelle setzen wird. Der bevorstehende Ministerrat in Budapest wird über den bisherigen Fortschritt unterrichtet und ersucht, die allgemeine Ausrichtung der Arbeit zu billigen.

Das Übereinkommen über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der KSZE trat am 5. Dezember 1994 in Kraft, nachdem am 5. Oktober 1994 die zwölfte Ratifikationsurkunde hinterlegt worden war. Das erste Treffen der Mitglieder des Vergleichs- und Schiedsgerichtshofs fand am 29. Mai in Genf statt. Auf der Tagesordnung des Treffens stand unter anderem die Verabschiedung der Verfahrensordnung für die erste Wahl des Präsidiums und die erste Ernennung eines Kanzlers, die Wahl des Präsidenten des Gerichtshofs, die Wahl von zwei Schlichtern zu Mitgliedern des Gerichtshofs und von zwei Stellvertretern, die Annahme der Verfahrensordnung des Gerichtshofs usw. Hr. Robert Badinter wurde zum Präsidenten des Gerichtshofs und Hr. Hans-Dietrich Genscher zu seinem Stellvertreter gewählt.

3. Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM)

Spannungen zwischen Minderheiten sind heutzutage eine der Hauptursachen für Instabilität und Gewalt im OSZE-Gebiet. Der Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten, Hr. Max van der Stoel, der dieses Amt seit 1993 innehat, bemühte sich verstärkt, Probleme im Zusammenhang mit Minderheiten in einem frühen Stadium zu entschärfen.

3.1 In seinem Bericht im Anschluß an seinen Besuch in **Albanien** im Oktober 1994 verfaßte der HKNM eine Reihe von Empfehlungen bezüglich der Lage der griechischen Minderheit im Süden des Landes. Diese betrafen insbesondere den Unterricht in griechischer Sprache, die Verbesserung des Zugangs der griechischen Minderheit zu einer Anstellung im Staatsdienst, Möglichkeiten zur Förderung der Gesprächsbereitschaft und zum Aufbau eines Vertrauensverhältnisses zwischen den Behörden und Angehörigen ethnischer Minderheiten sowie die Beziehungen zwischen dem Staat und der Orthodoxen Kirche Albaniens. Während seines Besuches in Tirana im Juli 1995 befaßte sich der HKNM vorrangig mit den Beziehungen zwischen Albanien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien. Er erörterte auch die kritische Lage in Kosovo.

3.2 Wie schon in den Jahren davor stattete der HKNM auch 1995 **Estland** einen Besuch ab. Im Mittelpunkt stand die Durchführung der Staatsbürgerschafts- und Fremdenengesetze und die Frage der Sprachausbildung und -prüfung für Personen, die eine Einbürgerung anstreben. Der HKNM appellierte an die OSZE-Staaten, für diesbezügliche Programme ihre Hilfe anzubieten.

3.3 Mehrmals besuchte der HKNM **Ungarn**, wobei die Durchführung des Gesetzes über nationale Minderheiten und die Lage der slowakischen Minderheit in Ungarn erörtert wurden.

1993 hatte der HKNM die Bildung eines dreiköpfigen Expertenteams empfohlen, das die Lage der Ungarn in der **Slowakei** und der Slowaken in **Ungarn** untersuchen sollte (siehe 3.10). Der HKNM begleitete die Experten auf ihrem vierten Besuch in Ungarn im Juni 1995. Es galt festzustellen, wie die Lokalverwaltung der slowakischen Minderheit und das Anfang des Jahres geschaffene nationale Selbstverwaltungsorgan der Slowaken funktioniert. Auch die parlamentarische Vertretung von Minderheiten, die Einsetzung eines Minderheiten-Ombudsmanns und der Unterricht in der Muttersprache waren Gesprächsthemen.

3.4 Im Mai 1995 stattete der HKNM dem zentralasiatischen Teil des OSZE-Gebiets seinen

zweiten Besuch ab. In Almaty, Kasachstan, kam es zu einer Reihe von Treffen sowohl mit Gemeinschaft in Kasachstan. Besonderes Augenmerk galt Fragen der Sprache und der Staatsbürgerschaft sowie Möglichkeiten zur Förderung des Dialogs zwischen den Behörden

3.5 Im Mai 1995 besuchte der HKNM Bischkek, Kirgisistan, um an einem zweitägigen von ihm veranstaltet wurde, nachdem der Präsident der Republik Interesse an einem solchen Seminar bekundet hatte. Im Mittelpunkt des Seminars standen die interethnischen Gemeinschaften Kirgisistans, Regierungsvertretern Kasachstans, Rußlands und Tadschikistans und von internationalen Experten für Minderheitenfragen besucht.

Der HKNM verfolgte weiterhin die Entwicklung in , insbesondere im Hinblick auf die Durchführung des Staatsbürgerschaftsgesetzes und einen Gesetzesentwurf

Anregungen aufgegriffen wurden. Der HKNM würdigte auch den Entwurf eines Regierungsprogramms zur Schaffung eines Rates für Menschenrechte, der ermächtigt ist,

entgegenzunehmen und für die Vermittlung von Kenntnissen über die Menschenrechte Sorge zu tragen. Unter Hinweis auf die Bedeutung eines Sprachunterrichts für Lettisch appellierte

3.7 Der HKNM befaßte sich nach wie vor aktiv mit der Lage der albanischen Minder der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien. Er stattete dem Land mehrere Besuche ab und erörterte Möglichkeiten, wie den in der ehemaligen jugos Mazedonien lebenden jungen Albanern größere Chancen auf eine Ausbildung auf Mittelschul- und Hochschulniveau und ein besserer Zugang zu einer Anstellung im Staatsdienst geboten

und Betriebswirtschaft an. Durch Interventionen bei offiziellen Vertretern auf höchster Ebene Spannungen bei, die entstanden waren, nachdem eine Gruppe von Albanern ohne behördliche Genehmigung eine Albanische Universität in Tetovo gegründet hatte.

Auf Einladung der Regierung Moldaus stattete der HKNM Ende 1994 **Moldau** ersten Besuch ab. In Chi_in_u traf er mit dem Präsidenten der Republik, führenden Regierungsvertretern und Parlamentariern zusammen. Der HKNM besuchte die von den

prüfte das Gesetz über die Autonomie der Gagausen, das damals im Parlament Moldaus gerade diskutiert wurde. Er besuchte auch das im Nordosten Moldaus gelegene Trans wo ein großer Teil der Bevölkerung Russisch spricht.

3.9 **Rumänien**, wobei sein besonderes Augen den Gesetzen über das Schulwesen für Minderheiten galt; auch die Einsetzung eines Ombudsmanns wurde erörtert. Er empfahl ein entschlossenes Vorgehen, um die Diskriminierung der Roma zu verhindern und Feindseligkeiten und Haß zwischen Volksgruppen Einhalt zu gebieten.

Die mehrmaligen Besuche des HKNM in der **Slowakei** der ungarischen Minderheit. Im Juni 1995 begleitete er das Expertenteam auf dessen viertem Besuch, bei dem der Schwerpunkt auf Unterrichtsfragen lag, einschließlich des Konzepts des

Ausbildung der Lehrer für staatliche Schulen in diesen Gebieten und der Einrichtung von Klassen mit zweisprachigem Unterricht.

3.11 Im Verlauf mehrerer Besuche des HKNM in der **Ukraine** wurde die Lage der Krimtataren erörtert. Die nach Zentralasien deportierten Tataren kehren in letzter Zeit in großer Zahl auf die Krim zurück. Sie sind jedoch mit großen Wohnungs- und Bildungsproblemen konfrontiert. Der HKNM befaßte sich auch mit dem Streit zwischen der Regierung und dem Parlament der Ukraine einerseits und dem Parlament der Krim andererseits über die vom Parlament der Krim verabschiedete Verfassung.

Ein dreiköpfiges Team internationaler Experten für Verfassungs- und Wirtschaftsfragen besuchte im Verlauf von drei Erkundungsmissionen Kiew und Simferopol; es berichtete dem HKNM über die Ergebnisse.

Der HKNM und der Leiter der OSZE-Mission für die Ukraine führten gemeinsam den Vorsitz bei einem Gespräch am Runden Tisch in Locarno, Schweiz. Im Anschluß daran wurden der ukrainischen Regierung Kommentare und Empfehlungen mit der Bitte um Weiterleitung an das ukrainische Parlament und die Krim übermittelt.

4. Die menschliche Dimension

4.1 Im Berichtszeitraum setzte sich die OSZE besonders für den Aufbau **demokratischer Institutionen** ein.

Das BDIMR leistete der OSZE-Mission für Sarajewo Hilfestellung bei der Veranstaltung eines Schulungsseminars für Ombudsmänner, bei dem Ombudsmänner aus West- und Osteuropa zusammentrafen. Es wurde ein Netz von Ombudsmännern eingerichtet, über das die Ombudsmänner in Sarajewo fachlichen Rat erhalten sollen. In Tadschikistan beriet das BDIMR die tadschikische Regierung zum Thema eines Ombudsmannbüros. Derzeit arbeitet das BDIMR am Entwurf eines Handbuchs über Menschenrechtsinstitutionen in den einzelnen Ländern, das den OSZE-Teilnehmerstaaten bei der Einrichtung derartiger Institutionen helfen soll.

4.2 Wahlbeobachtung

Das Gipfeltreffen von Budapest beauftragte das BDIMR mit der Ausarbeitung eines Koordinierungsrahmens für die Wahlbeobachtung. Nach Rücksprache mit einschlägigen internationalen Organisationen wurde dem Ständigen Rat im Mai der Entwurf eines solchen Rahmens vorgelegt. Im Laufe einer gemeinsamen Unternehmung der OSZE und der Vereinten Nationen in Armenien zur Beobachtung der Parlamentswahlen im Juli wurde der Rahmen in der Praxis erfolgreich erprobt.

Parlamentswahlen in Kirgisistan (5. und 19. Februar 1995). Die ersten demokratischen Parlamentswahlen in Kirgisistan wurden im ganzen Land von rund 60 Beobachtern aus OSZE-Staaten und NGO überwacht. Ein Vertreter des BDIMR organisierte Aktivitäten zur Unterstützung der Beobachter, darunter Einweisungen, die Bereitstellung von Hintergrundmaterial, die Übersetzung von Gesetzen und Statistiken, und fungierte in einer ganzen Reihe von Fragen als Mittelsmann zu den kirgisischen Behörden. Der zweite Wahlgang wurde von einer Gruppe von Schweizer Beobachtern überwacht, die ihre Berichte auch dem BDIMR zur Verfügung stellten. Die Beobachter hatten zu fast allen Wahllokalen Zugang und erhielten von den Beamten der Wahlbehörde alle erforderlichen Informationen. Man gelangte zu dem Schluß, daß diese Wahlen im großen und ganzen als Ausdruck des Volkswillens angesehen werden können.

Parlamentswahlen in Estland (5. März 1995). Es waren die zweiten Parlamentswahlen in Estland seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit im September 1991. Die Wahlen wurden von einer internationalen Gruppe von 14 Beobachtern aus den Teilnehmerstaaten und aus NGO, einschließlich eines Beobachters aus einem nicht der OSZE angehörenden Land, überwacht. Ganz allgemein kam das BDIMR zur Ansicht, daß diese

Wahlen im Einklang mit den Prinzipien des Wahlgesetzes durchgeführt wurden. Es gab worden seien und sie dadurch von der Wahl ausgeschlossen waren, und daß einige estnische Staatsbürger nicht im Wählerverzeichnis eingetragen waren. Um dies in Zukunft zu früheren Phase des Wahlprozesses vorzunehmen.

Lokales Referendum über die Aufnahme einiger Orte nach Gagausien, Republik

Das Referendum sollte bestimmten Orten in Moldau mit gagausischer Bevölkerung die Möglichkeit zur Entscheidung geben, ob sie in die autonome 20 Beobachtern, einschließlich einer Delegation des Europarats, überwachte das Referendum. koordiniert. Es gab gewisse Bedenken dahingehend, ob das Referendum vom verfahrensrechtlichen Standpunkt aus ordnungsgemäß verlief. In den meisten Orten ergab sich

Kommunalwahlen in Moldau (16. April 1995).

wahlen seit der Ausrufung der Unabhängigkeit Moldaus im Jahre 1991. Kurz vor den Wahlen ein. Es wurde festgestellt, daß die Wahlbehörden auf allen Ebenen das Wahlgesetz kompetent zufriedenstellend, und die Wahlen waren gut organisiert.

Parlamentswahlen in der Republik Bel

Es waren die ersten Parlamentswahlen in der unabhängigen Republik Belarus. Zwei BDIMR-Vertreter internationaler Organisationen und Parlamentarierversammlungen beobachtet. Insgesamt waren über 200 internationale Beobachter akkreditiert.

nicht Genüge getan wurde. Bestimmungen über das Wahlgeheimnis wurden nicht genau eingehalten. In Anbetracht der Unzulänglichkeit des Wahlgesetzes wurden die Wahlen selbst

Das BDIMR sprach sich konkret dafür aus, eine gerechte Auslegung gewisser Bestimmungen des Wahlgesetzes klarzustellen und eine Zuteilung von Sendezeit und Platz in

Parlamentswahlen in Armenien (5. und 29. Juli 1995). Die Wahlbeobachtungs wurde Anfang Mai eingerichtet; es war dies die erste gemeinsame OSZE/UN-Wahlbeobachtungsorganisationen.

Bei den Wahlen in Armenien gab es einige ermutigende Anzeichen für eine

Eine politische Partei wurde vor den Wahlen aufgelöst, die Wahlkommissionen waren unausgewogen und nicht gleichbleibend zusammengesetzt. Das Wahlgesetz wurde selektiv

Darüber hinaus wurde keines der gegen die Hauptwahlbehörde gerichtlichen Verfahren vor dem Ende der Wahlen abgeschlossen. Trotzdem verlief der Wahlvorgang selbst

Um den Vorgang in Zukunft zu verbessern, wurde empfohlen, daß die Hauptwahlgesetz sollte auch verhindern, daß Polizei oder Militär in den Wahllokalen anwesend ist.

Parlamentswahlen in Lettland (30. September und 1. Oktober 1995). Es waren die zweiten demokratischen Parlamentswahlen in der Republik Lettland. Die Wahlen wurden von Vertretern aus 11 OSZE-Staaten einschließlich einer Delegation der Parlamentarischen Versammlung der OSZE beobachtet. Die Wahlhelfer in den Wahllokalen erwiesen sich als fachlich höchst kompetent.

Am Wahltag selbst wurden Bedenken hinsichtlich der Achtung des Wahlheimnisses und der Äußerung politischer Propaganda in den Wahllokalen selbst laut.

Bedenken gab es auch in bezug auf einen Teil des Gesetzes über die Wahl zum Sechsten Saeima, der nicht ganz dem Geist der im Dokument von Kopenhagen 1990 enthaltenen OSZE-Verpflichtungen entspricht. Er steht insbesondere im Widerspruch zu Artikel 7.5, in dem gewährleistet wird, "das Recht des Bürgers zu achten, sich ohne Benachteiligung um politische oder öffentliche Ämter zu bewerben, sei es als Einzelperson oder als Vertreter politischer Parteien oder Organisationen."

Zur Verbesserung künftiger Wahlen sollte in Lettland ein Wählerverzeichnis erstellt werden. Man war auch der Ansicht, daß es nach wie vor bedenklich ist, wenn ein Drittel der Bevölkerung vom politischen Leben des Landes ausgeschlossen wird, auch wenn die Frage der Staatsbürgerschaft als solche nicht zur Diskussion stand.

Parlamentswahlen in Kroatien (29. Oktober 1995). Es waren die ersten demokratischen Wahlen in Kroatien. Beobachter kamen aus 14 OSZE-Staaten und einigen nichtstaatlichen Organisationen. Da das Wahlgesetz erst so spät verabschiedet worden war, blieb für einen sinnvollen politischen Wahlkampf nur wenig Zeit. Dennoch trat ein breites Spektrum von politischen Parteien und Kandidaten zu den Wahlen an.

Die jüngst erfolgte Vertreibung einer großen Zahl kroatischer Staatsbürger und das gegenwärtige politische und soziale Klima kurz nach den militärischen Operationen lassen Zweifel daran aufkommen, ob es wirklich gelungen ist, das allgemeine und gleiche Wahlrecht in einer der Stärkung demokratischer Institutionen dienlichen Atmosphäre durchzuführen. Bedenken mehr prinzipieller Art über das Ausmaß einer Wahl in der Diaspora und wie diese organisiert wurde konnten ebenfalls nicht zerstreut werden.

Weitere Kritikpunkte waren das Fehlen unparteiischer einheimischer Beobachter und die restriktiven Bestimmungen für Beobachter der Parteien sowie eine verschleppte Übertragung der Wahlsendungen oppositioneller Parteien in den staatlichen Medien.

In Zukunft sollte durch eine Änderung des Wahlgesetzes, die Zulassung unparteiischer Beobachter und, mehr noch, durch gleichen Zugang aller zu den Medien größere Transparenz herrschen.

4.3 Seminare, Symposien, Treffen

Im Berichtszeitraum wurden folgende Veranstaltungen vom BDIMR organisiert und von dessen Experten besucht:

4.3.1 Rechtsstaatlichkeit und Aufbau demokratischer Institutionen

Bausteine für eine Zivilgesellschaft: Vereinigungsfreiheit und nichtstaatliche Organisationen, 4. bis 7. April, Warschau. Das Seminar wurde von 286 Teilnehmern besucht, das ist die höchste Teilnehmerzahl seit dem Beginn der KSZE-Seminare im Jahr 1992. Die Hälfte der Teilnehmer waren Vertreter von 123 nichtstaatlichen Organisationen.

Internationales Seminar über die Verfassung von Tadschikistan, 14. bis 15. Juni, Duschanbe, für Parlamentarier und Juristen.

Zweites jährliches Gerichtssymposium in Warschau, 5. bis 10. Juni, für Rechtsanwälte aus den

Expertenseminar über die neue Rolle der Justiz, 29. bis 30. Mai, Tiflis, veranstaltet vom

Seminar über Toleranz, 23. bis 26. Mai, gemeinsam mit Europarat und UNESCO veranstaltet;

Expertenseminar über die neue Rolle der Justiz, 3. bis 4. April, Riga, veranstaltet vom

Seminar der OSZE-Mission über die russisch-estnischen Beziehungen, 6. bis 8. April, Johvi,

Expertenkonsultation, 15. bis 20. Januar, veranstaltet vom Büro des Präsidenten, dem

Verfassungsgerichtshof der Russischen Föderation in Moskau.

Expertenkonsultation

der OSZE-Mission für Estland, Tallinn und Tartu.

Expertenkonsultation

Parlament Lettlands.

4.3.2

Seminar über das Management von Printmedien, Chi_in_u, Moldau, 11. bis 13. Mai 1995,

Seminar über das Management von Printmedien, Bischkek, Kirgisistan, 11. bis 13. -
tember

4.3.3 Implementierungstreffen zu Fragen der menschlichen Dimension, 2. bis 19. Warschau.

Auf dem Treffen wurde die Implementierung der OSZE-Verpflichtungen im Bereich
und Verfahren zur Überwachung der Einhaltung bestehender Verpflichtungen überprüft. Im
Laufe der Erörterungen wurden einige Empfehlungen für künftige OSZE-Aktivitäten zur

4.4 Kontaktstelle für Fragen der Roma und Sinti

wurde auf Beschluß des Gipfeltreffens von Budapest geschaffen.

Nach eingehenden Konsultationen mit dem Büro des HKNM und mehreren Roma-
wurden für die Tätigkeit der Kontaktstelle folgende Hauptziele festgelegt:

-
- Verbreitung von Informationen über Fragen der Roma und Sinti, darunter auch
Sinti;
-

Zusammenarbeit zwischen Vereinigungen und Organisationen der Roma und Sinti.

Anlässlich von OSZE-Seminaren fanden regelmäßig Konsultationen über die laufenden Aktivitäten des CPRSI statt. Im Oktober wurde ein Workshop über die Vernetzung der Kontakte und der Zusammenarbeit mit Roma- und Sinti-Vereinigungen veranstaltet.

5. Sicherheitskooperation

5.1 Neue Maßnahmen im Bereich der Rüstungskontrolle und der Vertrauens- und Sicherheitsbildung

Im November/Dezember 1994 verabschiedete das Forum für Sicherheitskooperation folgende Dokumente:

- Das Wiener Dokument 1994. Darin wurden die Bestimmungen der früheren Wiener Dokumente über den Austausch militärischer Information erweitert und die schon 1993 vom FSK verabschiedeten Maßnahmen betreffend
 - größere Offenheit in der Verteidigungsplanung und
 - ein Programm für militärische Kontakte und Zusammenarbeit aufgenommen.
- Das Dokument über den weltweiten Informationsaustausch, das die Teilnehmerstaaten dazu verpflichtet, alljährlich und ohne geographische Einschränkungen Informationen über Hauptwaffensysteme und Großgerät und über das Personal in ihren konventionellen Streitkräften sowie über die Kommandostruktur ihrer Streitkräfte auszutauschen.
- Das Dokument über Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung im Bereich von Kernwaffen, chemischen und biologischen Waffen und des Transfers von Raketen, die zum Einsatz von Massenvernichtungswaffen geeignet sind, sowie ihrer Bestandteile und der entsprechenden Technologie. Zu den Maßnahmen zählen unter anderem die Unterstützung auf diesen Gebieten bestehender internationaler Übereinkommen und, konkreter, die Verpflichtung, bestehende Verpflichtungen in die innerstaatlichen Gesetze aufzunehmen.

5.2 Der Verhaltenskodex

Eines der im Berichtszeitraum fertiggestellten großen Dokumente ist der *Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit*, der auf dem Gipfeltreffen von Budapest verabschiedet wurde. Es handelt sich dabei um ein umfassendes Dokument, das sich mit der Militär- und Verteidigungspolitik der Teilnehmerstaaten sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten befaßt. Er verpflichtet die Unterzeichnerstaaten unter anderem zur Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich, zur Schaffung und Aufrechterhaltung der demokratischen Kontrolle über ihre Streitkräfte und zur Einhaltung bestehender völkerrechtlicher Verpflichtungen.

5.3 FSK-Seminare

Die Seminare boten Gelegenheit zu einem gemeinsamen Nachdenken und zur Erörterung von Fragen außerhalb offizieller Verhandlungen.

5.3.1 Das Seminar über Prinzipien zur Regelung des Transfers konventioneller Waffen (20. bis 21. Juni). Das Seminar bot Gelegenheit zum Austausch von Informationen und Erfahrungen in verschiedenen Bereichen wie etwa gesetzliche Exportbestimmungen, Kontrolllisten, Lizenzen, praktische Maßnahmen und Verfahren zur Durchsetzung, Möglichkeiten einer besseren internationalen Zusammenarbeit bei der Verhinderung unerwünschter

- -

Koordination im Bereich der für die Kontrolle zuständigen Stellen und Bekämpfung des illegalen Transfers konventioneller Waffen. Im Anschluß daran soll unter anderem vom KVZ eingegangenen Informationen zusammenstellen. An das KVZ sind auch nationale Kontrollisten und Angaben über eine bezeichnete nationale Kontaktstelle zu übermitteln, und es wird die

5.3.2 Das Seminar über regionale Rüstungskontrolle im OSZE-Gebiet (10. bis 12. Juli). Die Sicherheit, Ausrichtung und Anwendung der Rüstungskontrolle und der VSBM auf regionale Anliegen, regionale Sicherheitsfragen und weitere Aufgaben des FSK sowie weitere regionale

5.3.3 Ein Seminar über VSBM und Rüstungskontrolle: Anwendung und Einhaltung, wurde bessere Durchführung und Einhaltung von Rüstungskontrollbestimmungen im Rahmen der OSZE. Ziel des Seminars war es, Beamten aus den zentralasiatischen OSZE-Staaten, die für verantwortlich sind, das Wesen der VSBM und anderer Rüstungskontrollregelungen im Rahmen der OSZE zu verdeutlichen.

Das Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung (JTBD), (12. bis 14. April)

nützliches Instrument zur Entwicklung neuer Techniken und Maßnahmen verfügen.

Auf dem JTBD wurde versucht festzustellen, ob die vereinbarten Maßnahmen noch der anderem der Gültigkeit, der praktischen Durchführung und der Verbesserung bestehender Maßnahmen und ihrer weiteren Entwicklung.

beauftragt ist, die vom JTBD vorbereiteten und vom FSK verabschiedeten Maßnahmen durchzuführen und zu überwachen, wurde durch einen Beschluß des FSK auch angewiesen,

Durchführung vorzubereiten. Diesem Beschluß zufolge widmete WGA jede vierte Sitzung zur Gänze Fragen der Durchführung.

Sonstige wichtige Aktivitäten

6.1

Auf dem Gipfeltreffen von Budapest wurden das BDIMR und der Generalsekretär ersucht, weitere Treffen und Seminare im Rahmen des Programms zur koordinierten

6.1.1 Zusätzlich zu den vom BDIMR und vom KVZ veranstalteten Seminaren wurde von Usbekistan, ein Seminar zur Sanierung der Umwelt veranstaltet (10. bis 14. Oktober). Das Seminar bot den zentralasiatischen Teilnehmerstaaten Gelegenheit, im Rahmen der OSZE und den internationalen Organisationen.

6.1.2 n besuchte der Generalsekretär vom 7. bis

Amtierenden Parlamentspräsidenten, dem Außenminister und dem Justizminister. Schwerpunkt der Gespräche des Generalsekretärs in Tadschikistan war die Notwendigkeit, das Wahlgesetz und den Wahlvorgang zu verbessern, um sie in Einklang mit den Normen und Forderungen der OSZE zu bringen.

6.1.3 Auf der Grundlage der Empfehlungen, die der Generalsekretär im Bericht über seinen Besuch in den zentralasiatischen OSZE-Teilnehmerstaaten im Jahr 1994 ausgesprochen hatte, beschloß der Ständige Rat, für ein Jahr ein OSZE-Verbindungsbüro für Zentralasien einzurichten. Das Büro nahm im Juli in Taschkent seine Arbeit auf.

6.1.4 Der Ständige Rat schuf einen freiwilligen Fonds zur Förderung der Integration kürzlich aufgenommener Teilnehmerstaaten.

6.2. Die wirtschaftliche Dimension

Auf dem Dritten Treffen des Wirtschaftsforums (7. bis 9. Juni, Prag) wurden verschiedene Aspekte der regionalen Wirtschaftskooperation in den Bereichen Handel, Investitionen, Infrastruktur und insbesondere deren Bedeutung für die Sicherheit erörtert. Es wurden zahlreiche konkrete Vorschläge über eine verbesserte Einbindung der wirtschaftlichen Dimension in die Arbeit der OSZE gemacht.

6.2.1 Die Rolle des Tourismus bei der Förderung eines besseren Verständnisses zwischen verschiedenen Kulturen war Gegenstand eines OSZE-Seminars in Bukarest (6. bis 8. November), an dem die Abteilung zur Unterstützung des Amtierenden Vorsitzenden mitwirkte. Das Seminar bot Gelegenheit zu einem offenen und zielgerichteten Dialog über die wichtigsten Fragen und Aussichten für die Entwicklung der Zusammenarbeit in diesem Bereich.

6.2.2 Die Regierung Bulgariens veranstaltete in Sofia unter Mitwirkung der Abteilung zur Unterstützung des Amtierenden Vorsitzenden ein OSZE-Seminar über die Rolle der transeuropäischen Infrastruktur für die Stabilität und Zusammenarbeit in der Schwarzmeerregion (15. bis 17. November). Auf dem Seminar wurden im Hinblick auf einen beschleunigten europäischen Einigungsprozeß Entwicklungs- und Modernisierungserfordernisse in den Bereichen Verkehrswesen, Telekommunikation und Energie-Infrastruktur in der Schwarzmeerregion analysiert.

6.3 Medien- und Öffentlichkeitsarbeit

Jede Institution in einer Zivilgesellschaft braucht die Unterstützung durch die Öffentlichkeit, damit sie sich entwickeln kann. Das Sekretariat hat sich verschiedentlich bemüht, Informationsarbeit für die OSZE zu leisten, die Ergebnisse hielten sich jedoch in Grenzen. Um der Tätigkeit der OSZE größeren Bekanntheitsgrad zu verleihen, müssen sich der Vorsitz, die OSZE-Staaten und das Sekretariat sowie die anderen OSZE-Institutionen gemeinsam und wesentlich intensiver anstrengen.

6.3.1 Beziehungen zu den Medien

Das Sekretariat (Abteilung zur Unterstützung des Amtierenden Vorsitzenden) war darum bemüht, den Zugang zu Informationen und deren Qualität zu verbessern und Kontakte zu den Medien und der Öffentlichkeit aufzubauen. Der Generalsekretär und die OSZE-Beamten traten in der Öffentlichkeit häufiger in Erscheinung und verbesserten ihre Kontakte zu den Medien.

Um die Öffentlichkeit über die Arbeit der OSZE-Missionen zu informieren, wurden Journalisten eingeladen, den Generalsekretär auf seinem Besuch bei der OSZE-Mission für Georgien im Juni zu begleiten.

- -

Publikationen der Institutionen fördern den Bekanntheitsgrad der OSZE in der Öffentlichkeit

monatlich erscheinenden OSCE Newsletter heraus, der an die OSZE-Staaten und an ungefähr 1000 Abonnenten von außerhalb geht.

des Amtierenden Vorsitzenden erstellt wurde, präsentierte eine Fülle von Fakten über die Institutionen, Aktivitäten und Mechanismen der OSZE.

zusammen und unterstützte private Institutionen bei der Zusammenstellung von Informationen.

ergangenen Jahren brachte das BDIMR vier Ausgaben des BDIMR-Bulletins der OSZE heraus.

veröffentlichte das BDIMR zwei Publikationen: *Human Rights and the Judiciary - a* und *OSCE Human Dimension Documents*

Zusätzlich zur englischen Veröffentlichung der Dokumente zur menschlichen Dimension der OSZE in Buchform koordinierte das BDIMR die Übersetzung verschiedener ist die Übersetzung ins Tadschikische und Georgische geplant.

Im August begann die Kontaktstelle für Fragen der Roma und Sinti mit der Produktion anderem die im BDIMR einlangenden Berichte über die Durchführung der OSZE-Verpflichtungen in bezug auf die Roma angeführt sind.

auf die OSZE Bezug nehmen, insbesondere den Helsinki Monitor.

6.3.3

aus Anlaß des 20. Jahrestags der Schlußakte von Helsinki

In Wien organisierte am 30. Juni das österreichische Außenministerium gemeinsam mit dem Generalsekretär der OSZE eine Festveranstaltung, an der auch der österreichische

Über 300 Teilnehmer besuchten als Vertreter von Regierungen der OSZE-Staaten, Parlamenten, internationalen Organisationen, Forschungsinstituten und nichtstaatlichen zu einem neuen europäischen Sicherheitsmodell", das vom russischen Außenministerium in Moskau veranstaltet wurde.

20. Jahrestags der Unterzeichnung der Schlußakte am 1. August. Die Konferenz fand in Prozesses eine entscheidende Rolle gespielt hatten.

Am 8. September veranstaltete das Institut für Friedensforschung und

unter dem Titel "20 Jahre nach Helsinki: Die OSZE und die europäische Sicherheitspolitik im Umbruch". Zu diesem Anlaß kam auch das OSZE-Jahrbuch heraus.

Die Schweiz, die künftig den Vorsitz führen wird, beging den 20. Jahrestag der Schlußakte mit einem Treffen in Genf am 20. Oktober. Diplomaten, Wissenschaftler, Journalisten und nichtstaatliche Organisationen erörterten den Beitrag der OSZE zum historischen Wandel in Europa im Jahr 1989 und befaßten sich dabei in erster Linie auch mit der gegenwärtigen und künftigen Rolle der OSZE bei der Bewältigung neuer Herausforderungen.

Ein Seminar über die OSZE: Beurteilung und Zukunftsaussichten wurde vom in Prag beheimateten Forschungsinstitut für offene Medien am 28. Oktober in Prag veranstaltet; es wurde vom Amtierenden Vorsitzenden eröffnet und von hohen Vertretern der OSZE-Teilnehmerstaaten und Wissenschaftlern besucht.

6.3.4 Die Untersuchung einer PR-Agentur unter dem Titel "Eine Kommunikationsstrategie für die OSZE" bildete den Ausgangspunkt für die Festsetzung von Prioritäten bei der Verstärkung und Verbesserung der Bemühungen der OSZE in den Bereichen Medien- und Öffentlichkeitsarbeit.

III. DIE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG (PV)

Die 4. Jahrestagung der PV fand vom 4. bis 8. Juli 1995 in Ottawa, Kanada, statt.

Das Dokument mit den Beschlüssen von Ottawa enthält drei Resolutionen, die nach den drei "Körben" der Schlußakte von Helsinki gegliedert sind. Die erste Resolution über politische Angelegenheiten und Sicherheit betont unter anderem die Stärkung der OSZE und die wichtigen Fortschritte bei den Aktivitäten der OSZE im Kaukasus und äußert erneut Besorgnis über den immer noch andauernden militärischen Konflikt im ehemaligen Jugoslawien. In dieser Resolution wird die OSZE auch aufgefordert, sich mit der Möglichkeit einer Entscheidungsfindung auf der Grundlage eines annähernden Konsenses auseinanderzusetzen.

Die Resolution über wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt zeigt, wie wichtig die wirtschaftliche Stabilisierung für die Sicherheitsdimension ist.

Die Resolution über Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen stellt unter anderem fest, daß es notwendig ist, ein internationales Strafrecht und einen internationalen Gerichtshof für Kriegsverbrechen zu schaffen.

Der Ständige Ausschuß der PV vereinbarte ferner die Einsetzung eines Ad-hoc-Ausschusses über einen Verhaltenskodex für Demokratie und Menschenrechte, den der PV-Vorsitzende Swaelen zu einem späteren Zeitpunkt bestellen wird.

Herr Frank Swaelen wurde *per acclamationem* erneut zum Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung gewählt. Außerdem wurden fünf Vizepräsidenten gewählt: Für eine Amtszeit von drei Jahren Herr Steny Hoyer, ein führender Oppositionspolitiker im US-Kongreß, Frau Helle Degn, ehemalige Ministerin und Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des dänischen Parlaments, und Herr András Barsony, stellvertretender Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses der ungarischen Nationalversammlung, für eine Amtszeit von einem Jahr Herr Erkin Chalilow, Parlamentspräsident von Usbekistan, und Herr Kazys Bobelis, Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des litauischen Parlaments.

BEZIEHUNGEN ZU INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN UND INSTITUTIONEN

verstärkte Zusammenarbeit in konkreten Fragen wie etwa Wahlbeobachtung, Aktivitäten von Missionen und humanitäre Hilfe ergänzt.

auf der Tagesordnung der 49. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen, die am 25. November 1994 eine Resolution über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten

Die Generalversammlung begrüßte in der Resolution (49/13) die zunehmende Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen und ersuchte den UN-General gemeinsam mit dem Amtierenden Vorsitzenden der KSZE die Möglichkeiten weiterer diesbezüglicher Verbesserungen zu sondieren.

ausgerichtet sind, zur Stabilität und zur Wahrung des Friedens in ihrem Gebiet beizutragen".

Konferenz ermutigt, alles zu tun, um durch Konfliktverhütung und Krisenmanagement, namentlich durch friedensichernde Maßnahmen, eine friedliche Beilegung der Streitigkeiten in

Im April traf ein Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden mit UN-Vertretern in New York zusammen und erörterte, auf welche Weise die Vereinten Nationen die Vorbereitung der

Im Februar berief der Amtierende Vorsitzende ein Treffen nach Budapest ein, auf dem die Zusammenarbeit und die Koordination in humanitären Angelegenheiten mit anderen

OSZE, des Europarats, des Genfer Büros der Vereinten Nationen, des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz teil.

und den Direktor des KVZ vertreten.

In Genf führten Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden, der OSZE-Troika, Direktor des BDIMR und des Konfliktverhütungszentrums Gespräche mit den Vertretern des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, des Hohen Kommissars der

des Europarats über Operationen zur Weiterleitung humanitärer Hilfe für Tschetschenien.

Im Juni trafen die Leiter der Missionen mit Vertretern des Europarats, des IKRK und Einsatzgebieten der OSZE-Missionen berichteten. Dadurch war es möglich, konkreter als bisher Bereiche für eine praktische Zusammenarbeit vor Ort herauszuarbeiten und besser zu

Die engen Kontakte und die enge Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und der OSZE wurden fortgesetzt. Es fanden zwei Treffen zwischen den jeweiligen Vorsitzenden und

Prag das zweite Treffen auf hoher Ebene ("zwei+zwei") zwischen der OSZE und dem Europarat statt. Dieses Treffen, an dem der Amtierende Vorsitzende, der Generalsekretär, der

Außenminister und den Generalsekretär, teilnahmen, befaßte sich vorrangig mit der

Zusammenarbeit im ehemaligen Jugoslawien, einem Erfahrungsaustausch über die Überwachung der Einhaltung, mit der Zusammenarbeit bei der Beobachtung von Wahlen, den vertrauensbildenden Maßnahmen, dem Informationsaustausch, dem Kampf gegen Rassismus, aggressiven Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, der Lage ethnischer Minderheiten in Europa usw.

Mit den Vereinten Nationen, dem UNDP, der WEU, der NATO, dem Rat der Ostsee-Anrainerstaaten (CBSS), der GUS usw. wurden die Kontakte auf Arbeitsebene und der Informationsaustausch fortgesetzt.

V. BEZIEHUNGEN ZU NICHTTEILNEHMENDEN STAATEN (NTS)

Die OSZE setzte ihre Zusammenarbeit und ihr Zusammenwirken mit den NTS Japan und Republik Korea sowie mit den nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten (NTMS) Ägypten, Algerien, Israel, Marokko und Tunesien fort.

Im Einklang mit den Beschlüssen von Budapest wurde im Rahmen des Ständigen Rates eine informelle, allen Teilnehmerstaaten offenstehende Kontaktgruppe eingerichtet, um den Dialog mit den NTMS zu pflegen.

Im Juli hielt die Troika Konsultationen auf Ministerebene mit den Außenministern der NTMS beziehungsweise deren Vertretern ab. Die Teilnehmer betonten, daß Sicherheit global und unteilbar sei und unterstrichen einhellig, wie wichtig ein umfassender Lösungsansatz im Sicherheitsbereich sei und wie sehr die Bedeutung nichtmilitärischer Sicherheitsaspekte zunehme. Sie betonten die Wechselwirkung zwischen Sicherheit im OSZE-Bereich und im Mittelmeerraum sowie das gemeinsame Interesse der OSZE und der Mittelmeerstaaten an der Lösung von Krisen in diesen Gebieten.

Die NTMS regten an, der Amtierende Vorsitzende möge dem bevorstehenden OSZE-Ministerrat in Budapest Vorschläge über die Festigung der Beziehungen und des Status dieser Staaten gegenüber der OSZE und über die Ausdehnung auf Jordanien und Mauretanien unterbreiten.

Die NTMS bekundeten ihr Interesse am Erfahrungsschatz der OSZE und ihren Regeln und Prinzipien sowie an ihren Strukturen und Institutionen, aus denen sie bei ihrer zukünftigen Zusammenarbeit Nutzen ziehen wollen. Die Troika lud hochrangige Beamte aus diesen Staaten zu einem Informationsbesuch bei der OSZE in Wien ein.

Zur Förderung einer engeren Verbindung mit den NTMS wurde im September in Kairo, Ägypten, ein Seminar über die Erfahrung der OSZE im Bereich der Vertrauensbildung abgehalten, das von der Abteilung zur Unterstützung des Amtierenden Vorsitzenden und dem Gastgeberland ausgerichtet wurde. Das Seminar, an dem prominente Fachleute teilnahmen, war ein wichtiger Meilenstein in der Annäherung zwischen der OSZE und den NTMS und bot letzteren die Gelegenheit, sich das einschlägige Fachwissen der OSZE zunutze zu machen.

Im November nahmen hohe Beamte aus diesen Staaten an einem speziellen Informationsprogramm im OSZE-Sekretariat in Wien teil.

VI. KONTAKTE ZU NICHTSTAATLICHEN ORGANISATIONEN (NGO)

Das Gipfeltreffen von Budapest 1994 ersuchte den Generalsekretär zu untersuchen, wie die Mitwirkung nichtstaatlicher Organisationen weiter verstärkt werden kann. Die OSZE-Teilnehmerstaaten und über 600 NGO wurden ersucht, ihren Standpunkt darzulegen und Vorschläge zu machen.

Der Generalsekretär legte im September die verlangte Studie vor, die auf den in der Sondierungsphase gewonnenen Erkenntnissen fußt und eine Reihe konkreter Vorschläge die unter anderem dazu auffordert, daß die Teilnehmerstaaten ihren Verpflichtungen in bezug auf die Mitwirkung von NGO an OSZE-Aktivitäten voll nachkommen, daß jährliche Treffen organisieren sind, daß vor wichtigen OSZE-Veranstaltungen Informationsveranstaltungen für NGO organisiert werden, daß in Wien informelle Treffen mit NGO zu spezifischen Themen Mitarbeiter mit Dienstort Wien bestellt wird.

Traditionell spielt das BDIMR eine Schlüsselrolle bei der Verbindung zu den NGO. und Kommunikationsschulung für NGO-Führungskräfte, dessen Zweck es war, NGO im Ostseeraum mit Schwerpunkt auf den Menschenrechten neben fachlichen, organisatorischen, über die OSZE und die Rolle der NGO im Rahmen der OSZE zu vermitteln. Weitere Workshops dieser Art sind geplant, der nächste Ausbildungs-Workshop wird wahrscheinlich in gefaßt.

In Fortsetzung des 1994 mit dem Seminar in Stadtschlaining eingeleiteten Prozesses *Institute for Resource and Security Studies (IRSS)* durch die management als Teil laufender Expertenkonsultationen, die vom KVZ und dem IRSS koordiniert werden. Das gements zu prüfen, um das Konfliktmanagement zu verbessern.

VERWALTUNG UND FINANZEN

Die Aktivitäten in diesem Bereich zielten darauf ab, die administrativen und damit verbundenen Hilfsdienste zugunsten der OSZE-Einsätze zu erhöhen. Besondere Aufmerksamkeit kam der Ausarbeitung eines umfassenden Personalstatuts und finanzieller

1. Organisatorische und personelle Angelegenheiten

Prager Büros wurde schrittweise reduziert. Im Januar wurde die Hocharangige Planungsgruppe eingerichtet.

SZE erhöhte sich auch 1995. Derzeit sind rund 155 Personen, einschließlich Dolmetschern, Übersetzern und Konferenzschreibkräften, in den drei OSZE- in Wien und 6 in Prag), 25 im BDIMR in Warschau und 10 im Büro des Hohen Kommissars in Den

Ein neues Personalstatut wurde ausgearbeitet und dem Ständigen Rat im April vorgelegt.

die nicht mit Eintritt in den Ruhestand durch ihre Einbindung in das nationale Sozialversicherungs

Mit Unterstützung eines externen Experten für das System der Vereinten Nationen zur Posteneinstufung wurde eine eingehende Analyse gefolgt von der Einstufung sämtlicher OSZE-Posten durchgeführt. Im September legte der Generalsekretär auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Untersuchung einen Bericht über die Umsetzung der OSZE-Gehaltsstruktur vor, die am 21. Juli 1994 vom Ständigen Ausschuss verabschiedet worden war.

Im April wurde ein System zur periodischen Leistungsbewertung der Mitarbeiter eingeführt.

2. Finanzielle Angelegenheiten

Ursprünglich hatte der Ausschuss Hoher Beamter im November 1994 einen konsolidierten Haushaltsplan für das Jahr 1995 angenommen. Dieser Haushaltsplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Gipfeltreffens von Budapest in den ersten Monaten des Jahres 1995 revidiert, und am 6. April verabschiedete der Ständige Ausschuss den revidierten Haushaltsplan. Im Juli fand eine neuerliche Überprüfung statt. Der derzeit geltende Haushaltsplan in Höhe von 321,4 Millionen Österreichischen Schilling, das sind rund 30,6 Millionen US-Dollar, wurde am 25. Juli vom Ständigen Rat verabschiedet.

Der konsolidierte geprüfte Jahresabschluß 1994 wurde samt dem Bericht der externen Rechnungsprüfer am 19. September dem Ständigen Rat vorgelegt. Die Rechnungsprüfer schlossen ihrem Bericht einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk an.

Neue finanzielle Regelungen wurden ausgearbeitet und im April dem Ständigen Rat unterbreitet.

Im März wurde ein Freiwilliger Fonds zur Unterstützung der Integration kürzlich aufgenommener Teilnehmerstaaten eingerichtet, und im August wurde ein formalisiertes administratives und finanzielles Verfahren zur Behandlung aller freiwilligen Beiträge festgelegt.

Weitere Informationen über die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und ihre Aktivitäten erhalten Sie über:

OSZE-Sekretariat
Kärntner Ring 5-7
A-1010 Wien, Österreich
Telefon: (+43-1) 514 36-0
Fax: (+43-1) 514 36-99

Weitere Exemplare dieses Dokuments sowie sonstige Veröffentlichungen der OSZE erhalten Sie über:

Prager Büro des OSZE-Sekretariats
Rytí_ská 31
CZ-11000 Prag 1, Tschechische Republik
Telefon: (+42-2) 216 10-217
Fax: (+42-2) 2422 38 83 oder 2423 05 66
INTERNET-E-mail-Adresse:
osceprag@ms.anet.cz

DOC.SEC/1/95 G067GW67
gedruckt in Wien, Österreich
vom OSZE-Sekretariat
Abteilung für Konferenzdienste
Februar 1996

Die Adressen und Kontaktnummern der OSZE-Institutionen, Abteilungen und Büros entnehmen Sie bitte der nachstehenden Liste.

OSZE - Abteilung zur Unterstützung des amtierenden Vorsitzenden

Kärntner Ring 5-7
A-1010 Wien, Österreich
Telefon: (+43-1) 514 36-0
Fax: (+43-1) 514 36-96 (oder 99)

OSZE - Abteilung für Konferenzdienste (DCS)

Kongreßzentrum Hofburg
Heldenplatz
A-1600 Wien, Österreich
Telefon: (+43-1) 531 37-0
Fax: (+43-1) 531 37-421

OSZE - Konfliktverhütungszentrum (KVZ)

Kärntner Ring 5-7
A-1010 Wien, Österreich
Telefon: (+43-1) 514 36-122
Fax: (+43-1) 514 36-96

Prager OSZE-Büro

Rytí_ská 31
CZ-110 00 Prag 1, Tschechische Republik
Telefon: (+42-2) 216 10-217
Fax: (+42-2) 2422 38 83 oder 2423 05 66
E-mail: osceprag@ms.anet.cz

OSZE - Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)

Krucza 36/Wspólna 6
PL-00522 Warschau 53, Polen
Telefon: (+48-22) 625 70 40, 625 41 50
Fax: (+48-22) 625 43 57
E-mail: odihrosc@atos.warman.com.pl

OSZE - Hoher Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM)

Prinsessegracht 22
P.O. Box 20062
NL-2500 EB - Den Haag
Niederlande
Telefon: (+31-70) 312 55 00
Fax: (+31-70) 363 59 10
E-mail: cscehcnm@euronet.nl

Im Internet sind OSZE-Dokumente sowohl on-line über ein GOPHER-Menü (gopher.nato.int) als auch über die E-mail-Adresse der OSZE (osceprag@ms.anet.cz) abrufbar. Weitere Informationen über den öffentlichen Zugriff auf OSZE-Unterlagen im Internet sind an derselben Adresse erhältlich.

DOC.SEC/1/95 G067GW67
Gedruckt in Wien, Österreich
vom OSZE-Sekretariat
Abteilung für Konferenzdienste
März 1996